

Saale-Beitung.

werden die Spaltenreihenfolge oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unterm Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retamen die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Druck- & Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17, Neuenhagenstr. 24

Stechdruckverlagster Jahrgang

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich bei postmattiger Bestellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts, Einschlagsgebühr, Einschaltungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Berichtsblatt unter „Saale-Beitung“ eingetragen.

Für unentgelt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redakur nur mit Coullonangabe „Saale-Beitung“ gestattet.

Nr. 466.

Halle, Sonnabend, den 4. Oktober

1913.

Die Urteilsbegründung im Knittel-Prozess.

Die Urteilsbegründung im Knittel-Prozess hat ein nur zu berechtigtes Aufsehen erregt. Wenn Amtsrichter Mittel in der Verteidigung seines Rechtes die Grenzen einer berechtigten Kritik überschritten hat, so tut das diese Urteilsbegründung zweifellos auch. Die Richter in Gleiwitz haben augenscheinlich ganz außer acht gelassen, daß Amtsrichter Knittel sich in seinem Rechtsempfinden verletzt fühlen mußte, und haben jedes Verständnis für die Beweggründe Knittels vernünftigen lassen. Hauptmann Kammer, dessen Verhalten durchaus nicht einwandfrei erscheint, der bei den Kontrollverfammlungen grobe Schimpfwörter gebraucht, der Frauen gegenüber sich in unpassenden Redensarten ergeht und von dem feststeht, daß er zum mindesten an leichter Geistespein litt und oft ein sonderbares Benehmen gezeigt hat, wird herausgestrichen, Amtsrichter Mittel dagegen die Vernunft abgesprochen. Es ist ein starkes Stück, wenn Richter einem Richter gegenüber steht, ohne daß ein physikalisches Gutachten dem zugrunde liegt, in einer Urteilsbegründung auszuführen:

„Vollends läßt er sich als unfähigen Vormünder, die der Angeklagte gegen den General v. D. Groeben erhoben hat. Bei einer vernünftigen Ueberlegung und wenn der Angeklagte, kann immer nur zu schreiben und in sinnigen Zeug in die Welt zu leben, die die Bestimmung angesehen hätte, hätte er sich selbst sagen können, daß seine Bestimmung zur Landwehr nur aus dienlichen Gründen erfolgt ist. Nun frage es sich: hat der Angeklagte wider besseres Wissen gehandelt? Wenn man den Ausführungen seines Verteidigers folgen wollte, der den Angeklagten so hinfällt, als ob er wie ein vernünftiger und logisch denkender Mensch gehandelt hätte — ja, dann müßte man allerdings annehmen, er habe wider besseres Wissen gehandelt. Denn ein vernünftiger Mensch kann begreiflichen Anfang selbst nicht glauben. Wir haben aber angenommen, daß man den Angeklagten nicht als einen vernünftigen Menschen beurteilen kann. Er hat sich in einen lächerlichen Dummheitsverrat, und zwar so stark, daß es eine starke Annäherung an Quersulantenwahnsinn enthält. Weshalb kann man ein derartiges Verhalten gar nicht nennen, wenn man nicht glauben soll, er habe wider besseres Wissen gehandelt.“

Wenn auch zugegeben werden muß, daß — wie sich ja auch in diesem Prozeß gezeigt hat — die Sachverständigenurteile nicht unbedingt zuverlässig sind, so sollten in einem Urteil doch alle Kautelen gegeben sein, daß, wenigstens soweit sich das ermöglichen läßt, ein Angeklagter oder Zeuge nicht zum unvernünftigen Menschen gestempelt wird. Deshalb sind diese Ausführungen in der Urteilsbegründung, zumal sie auch in den Mittel zum Vorwurfe gemachten Fehler verfallen, ehrverletzende Ausdrücke anzuwenden, unbedingt verwerflich.

Die Richter beklagen sich vielfach über einen Mangel an Achtung vor der Rechtsprechung; wo soll aber die Achtung vor der Rechtsprechung herkommen, wenn ein Gericht von einem Amtsrichter behauptet, er schreibe „unfähiges Zeug“, sei

„nicht als vernünftiger Mensch zu beurteilen“, zeige eine „starke Annäherung an Quersulantenwahnsinn“.

Mit welchen Gefühlen werden wohl jetzt die Prozeßpartei der Rechtsprechung gegenübersehen, die sich den Urteilen des Amtsrichters Mittel unterwerfen mußten? Und welches Vertrauen können sie zur Zukunft haben, wenn sie annehmen müssen, daß die Vorgefekten den Amtsrichter, der von einem Gericht in dieser Weise gekennzeichnet wurde, in seinem Amte belassen? Wie werden sie das Richterkollegium in Ratibor einschätzen, das Knittel freisprach, also einen nach dem Gleiwitzer Urteil klar zutage liegenden geistigen Defekt des Amtsrichters Mittel gar nicht bemerkt?

Auch die weitere Charakterisierung des Amtsrichters Mittel dient nicht dazu, das Ansehen des Richterstandes zu heben. Was soll man dazu sagen, wenn in der Urteilsbegründung weiter ausgeführt wird:

„Wäre der Angeklagte wie ein vernünftiger Mensch zu beurteilen, so hätte er sich sagen müssen, daß er sich durch diese Eingabe als Referentoffizier völlig unzulässig machte, wenn er Offiziere in dieser unflätigen Weise beschimpft. Die Pflicht der Verteidigung aus aus den Umständen und der Form aber ganz zweifellos hervor. Das Gericht mußte sie folgern aus dem gansen Sachverhalt bei der Eingabe. Es ist die Verteidigung auf Verteidigung, es wird mit Entstellungen gearbeitet und nie die volle Wahrheit gesagt.“

Und nun das Strafmaß! Nach der vorhergehenden Beurteilung des Angeklagten hätte man eigentlich annehmen müssen, daß das Gericht ihm den § 51 des R.-St.-G.-B. zubilligen würde, in der Annahme, daß er sich geistig in einem Zustand befunden habe, der seine Bestrafung ausschließt. Auf ist aber nicht gezeichnet. Man hat ihm zwar eine Verurteilung zu Gefängnis erpart, aber das Gericht hat in dem Kampf Knittels um sein vermeintliches Recht nicht eine fortwährende Sandlung gesehen, sondern vier Einzelhandlungen, und bei jeder die höchste zulässige Gelbstrafe in Anwendung gebracht. So kommt das Urteil zu einer Gelbstrafe in exorbitanter Höhe, zu 2400 Mark Strafe. Das Gericht hat nicht befunden, daß es keinerlei Milderungsgründe für Knittel gelten lassen wollte außer einer verminderten Verantwortlichkeit, um derenwillen es von einer Gefängnisstrafe abgesehen hat. Es sagt denn auch in der Urteilsbegründung:

„Nach nie hat die Strafzumessung dem Gericht solche ungewöhnlichen Schwierigkeiten bereitet wie hier. Der Angeklagte hat in der gemeinlich Weise belübt, er hat dies als preußischer Richter getan, wo er besonders hätte daran denken müssen, der Ehre eines andern nicht unanbe zu treten, da er selber beizien sein sollte, als Richter über solche Verfehlungen zu Gericht zu sitzen. Er hätte an die Folgen denken müssen, die sein Vorgehen hätte haben können. Das Saatemann Kammer, der den Gerichtsakt in Ratibor verlassen mußte, nachdem es dem Angeklagten gelungen war, das Gericht irrezuführen und ihn als böswilligen, heimtückischen, geistesirrenden Mann hinaustellen, damals nicht zusammengebrochen ist, ist nur seiner robusten Gesundheit zu verdanken. An die Konsequenzen hätte der Angeklagte aber denken müssen, wenn er überhaupt ein Gewissen hat. So muß die Sanktionsweise des Angeklagten geradezu als ein willkürliches bezeichnet werden.“

Wir haben bereits gefehrt ausgeführt, daß wir auf einem anderen Standpunkt stehen. Sind auch die groben Ehrver-

letzungen zu verurteilen, so hat Mittel doch für ein Recht gefochten, daß auch der Referentoffizier beanspruchen kann: für das Recht freier politischer Betätigung. Es sind Sophismen, wenn man darauf verweist, er sei ja auch als Landwehroffizier Offizier geblieben. Das sei seine Ehrverletzung und keine Strafe für seine politische Betätigung. Die Form, in der die Ueberführung zur Landwehr erfolgte, mußte zweifellos den Einbruch einer Bestrafung erwecken. Da Mittel im Ehrengerichtsverfahren nicht gehört ist, hat er wohl geglaubt, durch die von ihm erhobenen Anschuldigungen eine Verhandlung vor den ordentlichen Gerichten erzwingen zu können.

Wir können es dahingestellt sein lassen, ob das Verfahren wirklich nötig und richtig war, den guten Glauben daran aber, daß er damit sein Recht verlor, kann man ihm nicht abprechen. Die Persönlichkeit Knittels interessiert uns dabei gar nicht. Ob der Angeklagte Mittel sich und für welche Partei er sich betätigt hat, bleibt vollständig gleichgültig; wichtig ist der ganze Prozeß nur durch die Beschränkung der politischen Freiheit der Referentoffiziere geworden. Nun aber hat das Gericht in Gleiwitz es lieber fertig gebracht, daß man auf der juristischen Seite der Frage Aufmerksamkeit zuwenden mußte und hat das Vertrauen in die Gerechtigkeitspflege durch seine Urteilsbegründung schwer erschüttert.

Nochmals der sogenannte „Altonaer Wahlrechtsraub.“

Zu dieser mehrfach erörterten Angelegenheit erhalten wir aus Altona folgende Zuschrift: Die Altonaer Sozialdemokratie hat in einem Telegramm an den Vortag in Altona ihrer „Hammerden Entrückung“ über den „schämlichen Wahlrechtsraub“ Ausdruck gegeben, „den die bürgerlichen Kollegen der Stadt Altona unter Führung der Fortschrittlichen Büchse und Wahlkreis vereint“ hätten. Wg. Wahlkreis gehört nun überhaupt den bürgerlichen Kollegen in Altona nicht an, und sein Name ist offenbar nur aus parteipolitischen Gründen in diese Sache hineingezogen worden. Worin der „schämliche Wahlrechtsraub“ besteht, haben die Altonaer Kollegen ihrem eigenen Parteitag öffentlich verschwiegen. Hätte das Telegramm gesagt, worum es sich eigentlich handelte — nämlich um die Einteilung der bisher einen einzigen Wahlbezirk bildenden Stadt Altona in fünf Wahlbezirke —, so hätte selbst der sozialdemokratische Parteitag jene „Hammerden Entrückung“ als das erkannt, was sie ist, nämlich als eine Theatermaße. Es handelt sich um folgendes:

Die Stadt Altona bildete mit ihren und 30 000 kommunalen Wählern bisher bei den Stadtverordnetenwahlen — mit Ausnahme des kleinen Kortees Delegierte — einen einzigen Wahlbezirk, so daß für die Wahl jedes einzelnen Stadtverordneten die gesamte Wähler der Stadt abgeben werden mußten. Schon im Jahre 1909 hatte der liberale Verein in Altona in einer Eingabe an die bürgerlichen Kollegen beantragt, diesem unhaltbaren, aus den Zeiten der Kleinstadt herrührenden Zustande ein Ende zu machen und die

und zwar in eine Periode, die allen Optimismus und Pessimismus der vorhergehenden fünf beiseite wirft. Die Stellung der jetzigen Generation vertritt wohl manche Hoffnungen zu verwirklichen, aber sie zeigt auch, daß ohne klares Vorgehen kein Ziel erreicht werden kann.

Man beginnt heute einzusehen, daß auf dem Wege rückwärtsloser Vermehrung kein Fortschritt zu erzielen ist, und daß die natürlichen Folgen jener Latenz nur Armut und Elend wären, wie wir es ja allzu deutlich in der vergangenen Geschichte Westeuropas sehen und in Rußland immer noch beobachten können.

Außerdem begnügen wir uns heute durchaus nicht mehr mit der trockenen Geburtenstatistik, sondern verlangen auch eine befriedigende Erklärung. Vor allem müßten die Geburtenzahlen in eine Beziehung zu der Konstitution der Frauen und dem Alter der Eltern gebracht werden und nicht zuletzt auch zum jetzigen Stand der Kindersterblichkeit. Die Auswüchse der französischen Geburtenverhältnisse wären z. B. an sich nicht so schlimm, wenn nicht gleichzeitig eine hohe Kindersterblichkeit in Frankreich herrschte.

Hohe Geburtenzahlen sind also kein Beweis einer hohen Zivilisation, allein eine hohe Kindersterblichkeit ist entscheidend der Beweis einer niederen Kultur. Mehrere Geburtenzahlen mit niedriger Kindersterblichkeit bringen nicht nur die gleiche Bevölkerungszunahme hervor, wie hohe Geburten- und hohe Kindersterblichkeit, sondern sie erzielen sie auch auf einem viel eheren Wege. Nebenfalls fordern die niederen Geburtenzahlen und die außerordentlich geringe Kindersterblichkeit Vornehmens und Rußlands mehr Bewunderung als die entgegengesetzten Verhältnisse in Rußland und China.

Sehr häufig hört man sagen, daß die Beschränkung der Kinderzahl unnützlich sei, allein heute können wir es an uns selbst sehen, daß im Gegenteil eher die große Kinderproduktion der früheren Periode unnützlich zu nennen ist, denn die hohen Geburtenziffern jener Zeit entpringen schließlich doch nur einer großen Selbsttötung. Welche gegen die Kinderarbeit gab es damals noch nicht, und so wurden denn schon die kleinsten Wärrner in die Fabriken und Bergwerke geschickt, nur um das Einkommen der Eltern um ein Geringes zu vermehren. Die geringere Geburtenzahl hat so schon insofern einen wohltätigen Wandel geschaffen, als sie vor allem eine vernünftige Sparlichkeit mit dem Leben bedingte und gleichzeitig damit

Feuilleton.

Die Bedeutung der Geburtenziffern.

Von Havelock Ellis (London).

Im Laufe der Jahre hat die öffentliche Meinung über die Geburtenziffer gewissermaßen drei Stationen passiert. In der ersten, die sich etwa von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis in die achtziger Jahre erstreckt, fand das Volk seine Befriedigung ausschließlich in hohen Geburtenzahlen. Die gerade damals in ihrer vollen Ausdehnung begriffene Industrie verlangte massenhafte Arbeitskräfte, was auf der einen Seite allerdings eine mächtige Stütze der Industrie, andererseits jedoch einen merkwürdigen Druck auf die Wohnverhältnisse nach sich zog. Zum Schutz der industriellen Ausbeutung bedurfte man natürlich auch einer entsprechenden Anzahl von Soldaten, und diese Bewegung läßt es denn schließlich auch kaum mehr verwunderlich scheinen, wenn sich überhöchliche Geister in absehbarer Zeit ein die Erde bedeckendes Englisches Imperium über ein gewaltiges Pan-Germanien erhofften. Mit welcher Verzückung blickte man dagegen auf Frankreich mit seinen stetig fallenden Geburtenziffern, — auf das delatante Land mit seiner völlig degenerierten Bevölkerung! Die Theorien des Engländer Malthus kamen mit einem Male ganz in Mißacht, alle Vorstellungen von biologischen, sozialen und ökonomischen Folgen der hohen Geburtenzahlen blieben wirkungslos. Das Volk war und blieb in einem Taumel allgemeiner Exaltation.

Dieser optimistischen Periode folgte indes rasch eine Reaktio, und schon gegen 1880 trat in der Steigerung der Geburtenzahlen ein Stillstand ein. Allein auch dieser Stillstand dauerte nicht lange und bald folgte ihm ein ständiges Fallen der Geburtenzahlen, was sich in Frankreich am langsamsten, etwas rascher in Italien, am schnellsten in Preußen und England, bekanntlich auch heute noch fortsetzt. Da in Frankreich der Rückschlag am frühesten begann, so haben die Geburtenverhältnisse Frankreichs gegenwärtig natürlich auch auf einem tieferen Niveau als in den anderen Ländern, und aus dem gleichen Grunde sind die Zahlen in England auch niedriger

als in Preußen, obgleich England in dieser Hinsicht Preußen gegenüber heute fast die gleiche Distanz beibehalten hat wie vor 30 Jahren. Es ist jedoch ganz leicht möglich, daß sich in Zukunft der Fall der Geburtenziffern in Preußen schneller vollziehen als in England, um so mehr, als schon jetzt die Geburtenverhältnisse in Berlin ungünstiger stehen als in London.

Diese pessimistische Periode des Geburtenniederganges stellt nun die zweite Entwicklungsstufe dar. Der mächtige Ausdehnungsdrang, der schreckliche Nationen für ihre Weltmacht fürchten ließ, stand jetzt still. Außerdem zeigte sich, daß das rapide Anwachsen eines Volkes Folgen nach sich zog, die den Entschlüssen der optimistischen Periode ziemlich unorthodox gegenüber kamen. So hatte man angenommen, daß sich mit der Erhöhung der Geburtenzahlen Arbeit und Leben um ein Beträchtliches verbilligen würden, und je intensiver diese allgemeine Fortbewegung durchgriffe, desto leichter es für eine Nation sein würde, in Bezug auf ihre Industrie und Militärverhältnisse an die Spitze der anderen Nationen zu gelangen. Aber natürlich verwirklichte sich diese Hoffnungen nicht, denn die Volkserziehung im modernen demokratischen Staate gestattet bekanntlich keine billige Arbeit. Die Arbeiter der verschiedenen Nationen erklärten denn auch bald, ihre Arbeit nicht mehr so billig verkaufen zu wollen, und damit wurde die Steigerung der Geburtenzahlen in der Mitte des 19. Jahrhunderts zweifellos auch zur Mithrildie der nun mit einem Male entweichenden Arbeitsverhältnisse, der politischen Tätigkeit der arbeitenden Klassen, des Sozialismus sowie der extremsten Formen des Anarchismus.

Kaum hatten alle diese Bewegungen ihren Höhepunkt erreicht, so begannen die Geburtenzahlen zu sinken, und die Folge davon war, daß die pessimistische der zweiten Periode nun von beiden Seiten mit scheelern Augen betrachtet wurden. Auf der einen Seite sah man in der Verminderung der Menschenproduktion auch die Vorbedingung für die Abnahme der nationalen und sozialen Entwicklung, während man auf der anderen Seite soziale Störungen befürchtete.

Uebrigens leben noch eine ganze Anzahl von Bestmisten dieser zweiten Periode unter uns und proklamieren eifrig, sowohl in England als auch in Deutschland, ihre Ideen weiter. Nun wächst aber eine neue Generation heran, und damit treten wir denn in eine dritte Entwicklungsperiode ein,



Stadt in mehrere, kreisförmig abgegrenzte Bezirke zu teilen. Zu- mal sah in der Stadtverordnetenversammlung noch kein ein- ziger Sozialdemokrat, und der liberale Verein wies darauf hin, daß wenn, wie zu erwarten sei, infolge der Bezirks- einteilung in den ärmeren Stadtbezirken Sozialdemokraten gewählt werden würden, dies kein Grund gegen, sondern für die Bezirkserteilung sei. Denn es sei durchaus nicht an- gängig, durch Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes nach wie vor sämtliche Stadtverordnetenmandate den einen Partei auszuliefern, die die relativ schlechteste der Wähler hinter sich habe. Nach der schlüssigsten Entscheidung über die Wahlerteilung gibt es nämlich keine Stimmwahl. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Bei den Stadtverordnetenwahlen des Jahres 1912 er- zangen die Sozialdemokraten bei einer Beteiligung von nur 57 Proz. der eingeschriebenen Wähler mit 8068 sozialdemo- kratischen gegen 7571 bürgerliche Stimmen den Sieg. Ob- wohl diese bürgerliche Niederlage im wesentlichen auf Mangel an Unterstützung der bürgerlichen Seite zurückzuführen war, beschloß eine Anzahl kommunaler Vereine, die bürgerlichen Kollegen zu er- luden, den Wahlsieg von 1200 Wähler jährlich auf die nach dem Gesetz zulässige Höchstgrenze von 1500 Wähler zu erhöhen. Hierdurch würden etwa 12 000 Wähler ihr Wahlrecht verloren haben und die Sozialdemokraten aus den bürgerlichen Kollegen entfernt worden sein.

Es ist das unbehaltbare Verdienst des liberalen Vereins in Altona, diese Forderung zurückzuweisen zu haben. Er entfaltete gegen sie eine lebhafteste Agitation und rißte an dem Zentralausschuß der kommunalen Vereine die Erklärung, daß im Falle einer solchen Erhöhung ein Bruch unter den bürgerlichen Wählern und ein schändliches Vorgehen des liberalen Vereins gegen die Wähler der Forderung gegenüber unermesslich sei. Angesichts dieser Haltung der organi- sierten liberalen Wählerklasse erklärte der Magistrat in einer Vorlesung an die bürgerlichen Kollegen, daß er die angeregte Erhöhung des Zensus ablehne. Gleichzeitig schlug er eine von allen Seiten gewünschte Vermehrung der Stadtverordneten- zahl und die Einteilung der Stadt in fünf Wahlbezirke vor. Er entsprach hiermit der in durchaus offenem Sinne er- folgten Anregung des liberalen Vereins aus dem Jahre 1905. Daß die Einführung der Bezirkswahl an Stelle der gänzlich veralteten Einheitswahl ein Fortschritt sei, gab selbst die Sozialdemokratie zu. Ihre Behauptung, daß bei der Ein- teilung der Bezirke Wahlkreisgeometrie getrieben worden sei, wurde auf das Bündigste widerlegt. Die Einteilung ist so erfolgt, daß sowohl die schon bestehenden 26 Wahlmün- denbezirke als auch die hithertigen, für andere Verwaltungs- zwecke gebildeten und mitgegebenen Stadtbezirke jeder un- getrennt einem der fünf Wahlbezirke zugeteilt wurden. Es ist der Sozialdemokratie trotz Kommissionsberatungen nicht einmal gelungen, eine andere Abgrenzung vorzuschlagen. Sie hat sich darauf beschränkt, und zwar erst unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung, statt der fünf Wahlbezirke sieben zu verlangen, ohne auch nur deren Abgrenzung an- zuzeigen. Hieran waren die wackeren fortschrittlichen Mit- glieder des Stadtverordnetenkollegiums gar nicht in der Lage, die vorgeschlagene Bezirkserteilung anzunehmen, ohne sich mit ihrem eigenen Verhalten in Widerspruch zu setzen; und es grenzt an das Komische, daß die Sozialdemokraten in Ham- burger Entrüstung jene Abgrenzung verlangten, weil sie behaupten, sie würden sämtliche Mandate erobert haben, wenn der allseitig, auch von ihr selbst, als veraltet anerkannte bisherige Zustand der Einheitswahl aufrecht erhalten worden wäre. Diese Behauptung schmeißt zudem angehts des Wahlergeb- nisses von 1912 gänzlich in der Luft; denn bei einer auch nur einigermaßen härteren Wahlerteilung der bürgerlichen Wähler war zu erwarten, daß die Sozialdemokraten aus der Stadtverordnetenversammlung wieder ganz verschwand. Die Bezirkswahl sichert ihr statt dessen, wie die Herren selbst an- erkannt haben, in zwei von den fünf Bezirken die Mehrheit. Und da die sozialdemokratischen Wähler selbstverständlich zum größeren Teil in den Arbeiterquartieren zusammengefaßt sind, so ergibt sich schon aus dieser Tatsache angehts des Zahlenverhältnisses von 1912, daß eine künstliche Wahl- einteilung zum Schaden der Sozialdemokratie nicht statt- gefunden haben kann.

Die Altonaer Sozialdemokratie hätte hiernach alle Ver- anlassung, dem Altonaer Liberalismus dafür zu danken, daß er einen „Wahlrechtsraub“ nicht begangen, sondern verhindert hat. Das von ihr erhobene Geheiß dient lediglich dem Agi- tationsbedürfnis und der Bekämpfung für die sozialdemokratische Presse. „Seit das „Hamburger Echo“ — so war der Keim,

auch die Sterblichkeits- und Krankheitsverhältnisse erheblich verbesserte. Hand in Hand damit geht endlich auch eine wesentliche Verbesserung der Rasse. Unterliegt es doch keinem Zweifel, daß längere Zwischenräume zwischen den Geburten nicht nur der Gesundheit der Mutter zuträglich sind, sondern auch die allgemeine physische Entwicklung der Kinder wohl- tätig beeinflussen.

Wir sehen also, daß soziale Fortschritte und eine höhere Zivilisation nur allein niedere Geburten und niedere Lebens- zahlen bedingen. Den besten Beweis, daß höhere Zivilisation geringe Geburtenzahlen nach sich zieht, sehen wir an der Tendenz der höheren sozialen Klassen, kleine Familien zu haben. Und wenn man begreifen würde, auch das Proletariat zu erziehen und zu behelmen, so wären natürlich auch hier kleine Familien zu erzielen. Die Kulturentwicklung geht also in diesem Falle der biologischen Entwicklung parallel: niedere ein Organismus, desto härter seine Fortpflanzung, und je höher, desto geringer ist die Zahl ihrer Nachkommen.

Mit tieferer Quantitätsminderung verbindet sich so- mit naturgemäß eine wesentliche Verbesserung der Qualität, und eine solche Verbesserung muß das Raffinabild sein, das wir kultivieren sollten. Bisher ist es durch die unzureichende Ausbeutung ungeeigneter Elemente und statt dessen eine regulierte Frucht von geeignetem Menschenmaterial zu wün- schen. Eine gute Menschengasse kann nur durch ihre eigene Intelligenz und ihren Willen erzeugt werden. Der Wert der Rassen liegt nicht in der Produktion großer Menschen, sondern in großer Menschlichkeit, und das kann eben nur durch in- dividuelle persönliche Entwicklung, vermehrte Kenntnisse und ein ausgeprägtes Verantwortungsgewußt erreicht werden. Nicht der Nation, die die höchsten Geburtenzahlen aufweist, gebührt die Führerschaft in der Zivilisation der Völker, sondern derjenigen, der es gelingt, die edelsten Männer und Frauen zu erzeugen.

unter dem Altona und Hamburg mit Flugblättern über den „Rechtsraub und Rechtsbruch“ überhäufelt wurden.

Wir haben diese ausführliche Darstellung gern gebracht, um einmal an einem klaren Beispiel zu zeigen, was da- hinter steht, wenn die Sozialdemokratie, richtiger einige sozialdemokratische Notstandsgrößen, sich gegen den Liberalismus „flammen entzündet“.

Deutsches Reich.

Unstimmigkeiten im Ministerium Hertling.

L. C. Im Ministerium Hertling bestehen offenbar tief- gehende Unstimmigkeiten; nach Mitteilungen der ultramo- narchen „Donauzeitung“ sind namentlich über die Frage der Elektrifizierung des Landes zwischen den Ministern sehr ge- tezte Meinungen vorhanden. Es scheint, daß sich in Bayern tatsächlich ein Umsturz vorbereitet, wenn auch ein Teil der Zentrumspresse sich scheinbar vor das Ministerium Hertling stellt.

Die einsame Prinzessin.

Von unserem Berliner K.-Korrespondenten wird uns geschrieben:

„In Berliner politischen Kreisen ist es aufgefallen, daß der Prinz Ernst August von Cumberland bereits seit über acht Tagen in Gmunden weilt. Angeblich, um der Jagd ob- zugehen. Es heißt aber, daß er noch Wochen dort bleiben wird. Man sagt, er sei abgereist, um weitere Zumutungen des Reichsanstalters hinsichtlich eines Verzehrs auf den han- noverischen Thron aus dem Wege zu gehen und um in Gmunden die Entscheidung des Bundesrates abzuwarten.“

Die Prinzessin Viktoria Luise war die ersten Tage nach der Abreise ihres Gatten bei ihrer Mutter in Potsdam, dann ist sie still in die Einkamelt nach Rathenow zurückgekehrt. Im Oktober sollte bereits das Paar in Braunschweig ein- ziehen. Der Herzogregent von Braunschweig hat seine Hof- haltung schon halb aufgelöst.

Man sieht in Berliner politischen Kreisen noch kein Ende der Verwirrung. Es ist allerdings, daß bisher noch kein Dementi gegenüber der von uns gestern berichteten Dar- stellung der „Frankfurter Nachrichten“ erfolgt ist. Auf Um- wegen wird offiziell eine ziemlich gewundene Erklärung ab- gegeben, die besagt:

Die öffentliche Erörterung beschäftigte sich in letzter Zeit wieder mehr mit dem bekannten Schreiben des Prinzen Ernst August an den Reichsanstalt, und von welfischer Seite wird jetzt mit besonderem Nachdruck die Ansicht vertreten, daß dieser Brief nicht als ein Verzicht des Prinzen im Sinne der Bundesratsbeschlüsse vom Jahre 1885 und 1907 aufzufassen sei. Ueberhauptenverweise pflichtet jetzt auch ein Teil der übrigen deutschen Presse diesem Standpunkt bei und erklärt die an den Reichsanstalt gerichtete Mitteilung des Prinzen als ungenügend; man fordert eine staatsrechtliche Klar- stellung der prinzipiellen Erklärungen durch den Bundesrat. Dieser Umstimmung in der Stellungnahme nicht welfischer Blätter zu der braunschweigischen Thronfolge ist offenbar auf die Treibeereien welfischer Kreiszeitung zurückzuführen, die sich den Ansehen geben, als würde ihre Auffassung, das prinzipielle Schreiben enthielte keine ausdrücklichen Ver- zicht auf Hannover auch an Hofe zu Gmunden ge- stellt. Tatsächlich war es aber durchaus nicht wahr- scheinlich, daß der Herzog von Cumber- land sich mit diesem Standpunkte der Welfen- partei identifiziert, vielmehr gewann man nach Bekanntwerden des Schreibens an den Reichsanstalt den Eindruck, als würden die in ihm enthaltenen Erklärungen auch in Gmunden im Sinne eines Verzichts des Prinzen aufgeföhrt. Seit- dem ist eine Reihe von Wochen dahingegangen, ohne daß aus der Umgebung des alten Herzogs eine Rundgebung erfolgt ist, die gegen die welfischen Treibeereien Stellung nimmt. Es ent- steht somit die Frage, ob auch in Gmunden sich inzwischen ein Umsturz in der Beurteilung des erwähnten Schreibens in staatsrechtlicher Hinsicht vollzogen hat und ob etwa die in dieser Angelegenheit bereits erzielten Re- sultate wieder in Frage gestellt werden sollen. Daß die Er- klärungen des Prinzen Ernst August an den Reichsanstalt den Stellen als ausreichende Grundlage für eine spätere staatsrechtliche Regelung der braunschweigischen Frage an- gesehen wurden, ist kein Geheimnis, es fragt sich nur, ob angesichts der von welfischer Seite jetzt abgegebenen Erklärungen nicht eine aber- malige Prüfung dieser Zulassung geboten ist.

Ob die im Schlußsatz enthaltene Drohung in Gmunden Einbruch machen wird, bleibt abzuwarten.

Ein deutscher Fremdenlegionär erschossen?

Anna, 4. Oktober.
Ein ehemaliger Fremdenlegionär hat hier mitgeteilt, daß der aus Anna gehörige Schloffer August Eden, der sich mit ihm bei der Fremdenlegion befand, bei einem Versuch zu desertieren erschossen worden sei. Eden ist in Bochum an- säßig gewesen und hat Verwandte in Hattlingen. Ob sich die Mitteilungen des früheren Fremdenlegionärs bewahrheiten, werden hoffentlich die von den Angehörigen sofort eingeleit- teten Nachforschungen ergeben.

Wohndiebstahl der Zwischensfall von Nancy.

Paris, 4. Oktober.
Wie aus Nancy gemeldet wird, hat der Untersuchungs- richter Panges infolge der Strafanzeige, die von dem im Früh- jahr in Nancy mißhandelten Deutschen eingebracht worden ist, für heute an 30 Zeugen vorgeladen, um die Persönlich- keiten der Urheber dieser Mißhandlungen festzustellen.

L. C. Ueber einen „preußischen Wahlrechtsbund“ schreibt man uns: „Haben die Verhandlungen des sozialdemokrati- schen Parteitages in Jena einer durchgreifenden Wahlreform in Preußen recht wenig gedenkt, so ist es um so verständlicher, wenn aus liberalen Kreisen heraus erneut der Wunsch er- wacht, die Wahlrechtsbewegung in Fluß zu bringen. In der „Wacht“, der Wochenzeitschrift für die liberale Arbeiter- und Angestelltenbewegung, wird in der neuesten Nummer ein Aufruf veröffentlicht zur Gründung eines preußischen Wahl- rechtsbundes. Ein solcher Bund soll Wahlrechtsreunde aller Parteien umfassen, die das Ziel der Erringung des allge-

meinen Wahlrechts für Preußen erstreben. Es ist besonders in England üblich, für die Erringung eines Wahlrechts die Fortschritte selbständiger Organisationen zu schaffen, die nur das eine Ziel verfolgen und deshalb über die Parteigrenzen hinaus alle wahren Freunde dieses Zieles umfassen können. Es wäre wünschenswert, wenn sich im Volks eine genügende Opferwilligkeit für einen solchen Wahlrechtsbund fände. Denn das ist doch schließlich die erste Aufgabe: Ein groß- gültiger Wahlrechtsbund muß finanziert werden. Hier kann jeder die Wärme seiner Überzeugung in Geld ausdrücken. Schonfalls verdient die Anregung der „Wacht“, in Erwägung gezogen zu werden.“

Wir glauben ja allerdings nicht, daß ein solcher allge- meiner Wahlrechtsbund über die Parteien hinaus in Preu- ßen möglich wäre. Die Anschauungen darüber, was man mit der Reform erstreben will, sind zu verschieden. Für die fortschrittliche Volkspartei ist es sicher nach Lage der Dinge das gegebene, ihren Wahlrechtskampf selbst zu führen, wenn auch natürlich in möglichst guter Nachbarschaft mit solchen Parteien, die überhaupt ernstlich eine Wahlreform wollen.

Kein Statthalterwechsel im Reichsland. Die auch von uns wiedergegebenen Mitteilungen der „Rheinisch-West- fälischen Zeitung“ über den angeblich zu erwartenden Rück- tritt des Statthalters Grafen v. Wedel entbehren, wie offiziös verifiziert wird, jeder Unterlage.

Parteinachrichten.

Gedächtnisfeier für Dr. Dohrn.

Stettin, 3. Okt. Heute mittag fand im Museum vor der Mühle des Stadtrats Dr. Dohrn eine Gedächtnisfeier der bürgerlichen Körperschaften statt. Der Magistrat, die Stadt- verordneten-Kollegen, viele Verwandte und Freunde des Verstorbenen waren erschienen. Die Gedächtnisreden bei der schlichten, aber eindrucksvollen Feier hielten Oberbürger- meister Ufermann und Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Jungmanns.

Die Landtagswahl in Gerabronn, die für den ge- wöhnlichen volksparteilichen Abg. August notwendig geworden ist, wird am 22. Oktober stattfinden. Der Wahlkreis war früher von Friedrich Jauchmann bis zu dessen Tode vertreten gewesen. Die Volkspartei hat jetzt den Landwirt Herrmann in Blaufelden als Kandidaten aufgestellt; für die Sozial- demokratie kandidiert wie bei den letzten Wahlen Buchdinger- meister Frey; der Bund der Landwirte hat seinen Agitator Klein, eine Verlegenheitskandidatur, aufgestellt. Bei der letzten Wahl hatte in der Endentscheidung August mit einem Vorsprung von 1000 Stimmen über den bürgerlichen Gegner ge- stellt, der 2071 Stimmen erhalten hatte. Die Sozialdemo- kratie hatte es auf 400, das Zentrum nur auf 111 Stimmen gebracht.

Hof- und Personalmachrichten.

Rückkehr des Prinzen Ernst August.

Gmunden, 4. Oktober.
Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüne- burg, wird Ende nächster Woche wieder in Potsdam ein- treffen. Das Prinzenpaar begibt sich dann, und zwar wahr- scheinlich am 17. Oktober, vom Neuen Palais nach Rathenow. Es geht ab am 22. Oktober wieder im Neuen Palais ein- zutreffen.

Der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern Ge- oberregierungsrat Calver ist wegen Krankheit am 1. Oktober in den Ruhestand getreten. Er hat im Reichsamt des Innern das Referat für Betriebswesen und volkswirtschaftliche Angelegenheiten.

Ausland.

Polisch in Wien.

In Wien hat am Freitag morgen vor dem Frühstück der serbische Ministerpräsident

Besuch beim Grafen Berchtold
im Ministerium des Außenern einen Besuch abgehakt. An dem folgenden Frühstück im Ministerium des Außenern zu Ehren des serbischen Ministerpräsidenten Polisch nahmen teil die Ministerpräsidenten Stürgkh und Graf Tisa, der serbische Gesandte Ivanowitsch, der rumänische Finanz- minister v. Bilinski und die Sektionsassistenten Graf von Nachbich und Graf Jorgach. Polisch äußerte über die Unterredung mit dem Grafen Berchtold einem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ gegenüber u. a.:

„Meine Unterredung mit dem Grafen Berchtold trug ein freundliches Gepräge. Ich hatte und habe die Überzeugung, daß die Kontroversen zwischen uns und Oesterreich-Ungarn nicht solcher Natur sind, daß sie nicht überbrückbar wären. Wenn beiderseits guter Wille herrscht, so können sie unschwer ausgeglichen werden. Ich hatte den Eindruck, daß hier in Wien unter Ihrer Herrschaft, und darum sehe ich hoffnungsvoll in die Zukunft. Es wurden Fragen angehängt, die in naher Zukunft den Gegenstand von Unterhandlungen zwischen uns und Oester- reich-Ungarn bilden sollten: Die Frage des Handelsver- trages und die Frage der Eisenbahnen. Ich hoffe, heute noch eine Begegnung mit dem Reichsfinanzminister zu haben und mit ihm die Frage des Anschlusses unserer Bahnen an das bosnische Eisenbahnnetz erörtern zu können.“

Bezüglich Albanien bemerkte der Ministerpräsident, es sei durchaus Serbiens Wunsch, daß die Bestimmungen des Londoner Vertrages betreffs des zukünftigen Albanien ganz ausgeführt werden.

Finanzminister v. Bilinski hatte eine glänzende Unter- redung mit Polisch im Finanzministerium. Abends gegen 6 1/2 Uhr suchte Graf Berchtold den serbischen Ministerprä- sidenten Polisch in seinem Hotel auf und kehrte dann wieder in den Ministerrat zurück. In diesem gab Graf Berchtold eine eingehende Darstellung der auswärtigen Lage. Die Einberufung der Delegationen ist für Mitte November in Aussicht genommen.

Zwischen dem Prinzen Salar ed Bausch und der Regie- rung des Schahs ist ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach dem Prinzen eine jährliche Pension von 10 000 Loman

In Weinhaus Broskowski

jeden Sonntag Souper-Musik.

Delikate warme Speisen, auch in halben Portionen, zu jeder Tageszeit.

Prachtvolle Natives-Anstern.

Ia. Astrach. Kaviar, Heigel, Hummer,

sowie alle Delikatessen der Saison in reichhalt. Auswahl.

Anerkant mässige Preise.

benötigt wird. Salax eb Daulch wird seinen Aufenthalt in der Schweiz nehmen. Eine plötzliche Rückkehr des Prinzen nach Berlin ist der Vertrag auf.

Provincial-Nachrichten.

Magdeburg, 3. Oktober. (Kobniewska) In sämtlichen hiesigen Brauereien sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine wöchentliche Zulage von 3 Mk., Vergrößerung der Arbeitszeit, Bezahlung der Sonntagsarbeit und der Ueberstunden, sowie Sommerferien von sechs Tagen. Eine Brauerei soll bereits den Forderungen entsprechend die Arbeiter beschäftigen, andere haben sich nur zu einer Lohnerhöhung von 2 Mark bereit erklärt. Die Verhandlungen schweben noch. In einer Versammlung der Arbeiter, die für Freitagabend angesetzt ist, soll sich entscheiden, ob zu einer Arbeits-einstellung geschritten wird.

Freiburg, 3. Okt. (Die Lescherblauen Trauben) hat in den Weinbergen des Infruktalles begonnen. Die Mostgewichte von 76—82° Dehale zeigen, daß die Reife in den letzten Wochen gut fortgeschritten ist, was bis vor fünf Wochen bei dem häufigen Regen und der kühlen Witterung kaum zu hoffen war. Die Menge ist leider infolge der sehr frühen Frühjahrsernte vom 11. bis 15. April, die die meisten der weit vortrieblenen Äugen an den Reben zerstörten, sehr gering und es dürfte kaum der dritte Teil des vorjährigen Ertrages in blauen Trauben geerntet werden. Während in früheren Jahren nach Zudergraden gekauft wurde, ist bei den meist geringen Entemengen diese Feststellung kaum durchführbar und es wird deshalb nur ein einheitlicher Preis von 14 Mark für den Zentner bezahlt.

Belgern, 4. Okt. (Ergesse polnischer Arbeiter.) Zu einem ernsthaften Ekzess seitens der russisch-polnischen Arbeiter des Gutsbesizers Abel im benachbarten Gohdorf gab die Verhaftung eines der Arbeiter Anlaß. Der edle Polenjohn hatte mit der Art die Tür eines von einer Arbeiterin bewohnten Raumes eingeschlagen und diese verunglückt. Seine Verhaftung gelang dem Gohdorer Gendarmen allein nicht, weil sich sämtliche Russen einmütig um ihren Kollegen scharten, wobei auch ein Messer gegen den Beamten gezückt wurde. Erst als dieser in dem Mühlberger Gendarmen Hilfe erhielt, gelang es, die nötigen Verhaftungen vorzunehmen.

meldungen von einem Reitunfall des Grafen Zeppelin für unrichtig zu erklären. Graf Zeppelin fuhr am Mittwoch von Erlenhof nach Hirsch, wobei er das Führerwerk selbst lenkte. Er erfuhr sich des besten Wohlbefindens.

Massenmörder Wagner.

Wahlheim, 4. Oktober. Heute früh 6 1/2 Uhr ist der Massenmörder Wagner vom Bezirkskrankenhaus in einem Automobil in das Landesgefängnis in Heilbronn überführt worden.

Manöverunfall. Bei einem Schiffsübermann der Innsbrucker Trainbinde in R a r e n d e l schenkte mehrere Pferde, wodurch einige Trainkolonnen unter die Wagen gerieten. Ein Soldat erlitt einen Schädelbruch und starb auf dem Platze. Drei andere trugen zum Teil schwere Verletzungen davon.

Der Priester als Mörder. Der Befund der Leichenschaujury in Kemport im Fall Ammiller lautet dahin, daß der Priester Schmidt für den Tod der Anna Ammiller verantwortlich ist. Während der Verhandlung hatte Schmidt einen Selbstmordversuch; er zerriß seinen Kragen und schleuderte ihn unter die Zeitungsvertreter.

In den Grund geföhrt hat der Dampfer „Borborena“ des Brasilianischen Lloyd den Schleppdampfer „Guaran“ von der Kriegsmarine, der den Mannern des Geschwaders folgte, bei der Insel Grande. Der Schlepper hatte 51 Mann an Bord, darunter mehrere Fährtische zur See. Einzelheiten über das Unglück fehlen noch. Man glaubt, daß etwa 30 Personen ertrunken sind.

Wegen Ermordung eines Mineralogen verhaftet. Nach Meldungen aus Nequena hat eine Patrouille 8 Anführer der Eingeborenen, die den Mineralogen B e r n e r, einen Deutsch-Amerikaner, ermordet und aufgefunden haben, verhaftet. Die Patrouille hat, da sie bei der Verhaftung der Kapuas auf Widerstand stieß, vier Eingeborene erschossen und mehrere verwundet.

Tages-Programm.

— Nachdruck verboten. —

4. Oktober. Stadttheater: ab 7 1/2 Uhr „Nathan der Weise“.
 Ballhallentheater: ab 8 1/2 Uhr gr. Vorstellung.
 Krolltheater: ab 8 1/2 Uhr gr. Vorstellung („Reinold“).
 Opern in Wort und Bild.
 Pflanzentheater: Kinematographische Vorstellungen.
 Kino: Kinematographische Vorstellungen.
 Kaiserpanorama: Nordabreise bis Spitzbergen.
 Silesisches Hotel: Künftler-Konzert.

Weihenfels: 41. Hauptversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen.

4.—12. Oktober: „Mittenern“ in Balmers Etablissement erste Opern-Produktion.

4. u. 5. Oktober. Cafe Roland: gr. Musikfest mit Doppelkonzert.

5. Oktober. Stadttheater: nachm. 3 1/2 Uhr Volksvorstellung.

„Simp“: ab 7 1/2 Uhr. „Dietrich“: ab 8 1/2 Uhr.

Ballhallentheater: nachm. 4 und abends 8 Uhr gr. Vorstellungen.

Krolltheater: nachm. 4 Uhr gr. Vorstellungen. „Reinold“: Opern in Wort und Bild.

Opern in Wort und Bild: ab 8 1/2 Uhr.

Ballhallentheater: Kinematographische Vorstellungen.

Hotel gold. Ring: ab 7 1/2 Uhr Künftler-Konzert.

Reinold: nachm. 4 Uhr. Künftler-Konzert.

Reinold: nachm. 4 Uhr an Künftler-Konzert.

Sachsische Konzerte: nachm. 4 bis abends 11 Uhr zwei gr. Konzerte (88er).

Ballhallentheater: nachm. 4 Uhr.

7. Oktober. Ballhallentheater: ab 8 Uhr Silesisches-Konzert des Ballhallentheaters (Beethoven-Brabms-Abend).

8. Oktober. Stadttheater: nachm. 3 1/2—6 1/2 Uhr Solisten-Quartett-Konzert.

9. Oktober. Stadttheater: nachm. 3 1/2—6 1/2 Uhr Solisten-Quartett-Konzert.

10. Oktober. Stadttheater: „Rigoletto“.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Doyt für den schriftlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, G u e n B e r n m a n n; für den literarischen Teil: Dr. Karl Haer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfasst 14 Seiten —

Geschützt sind Sie vor Husten und Heiserkeit, Kälte und Nässe beim täglichen Gebrauch von Wupper-Tabletten. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Original-Schachtel M. 1.



Herbst-Neuheiten Kleiderstoffe.

Blusenstoffe aparte Neuheiten, grosse Sortimente. Meter 2 ⁰⁰ 1 ⁵⁰ 95	65 Pl.	Kostümfstoffe deutsche und englische Fabrikate. Streifen, Noppes und Melangen. Breite 100/110 cm Meter 3 ⁰⁰ 2 ²⁵ 1 ⁵⁰	1 20	Kammgarbstoffe einfarbig, gestreift und graue Melangen. Breite 110/130 cm Meter 3 ⁵⁰ 2 ⁵⁰ 2 ⁰⁰	1 75
Cheviot-Karos in blau, grün und vielen anderen Farben. Breite 90/110 cm Meter 2 ²⁵ 1 ⁷⁵ 1 ³⁵	1 18	Plaid-Karos reine Wolle, für Röcke und Kinderkleider. Breite 100/110 cm Meter 2 ²⁵ 1 ⁸⁰ 1 ³⁵	1 35	Diagonale u. Serges reine Wolle, schwerfall. Qualitäten für Röcke und Jackenkleider. Breite 105/110 cm Meter 3 ⁰⁰ 2 ⁵⁰ 2 ⁰⁰	1 95
Cheviots rayés einfarbig und Melangen mit schmalen Streifen. Breite 90/110 cm Meter 1 ⁷⁵ 1 ⁵⁰ 1 ³⁵	1 20	Schwarz-weiße Karos und Streifen für Röcke und Kinderkleider. Breite 90/110 cm Meter 2 ⁵⁰ 1 ⁸⁵ 1 ³⁵	1 35	Côtelés und Popelines in modernen Farbentönen, solide Qualitäten. Breite 105/110 cm Meter 3 ²⁵ 2 ⁷⁵ 2 ⁴⁵	2 25

Mädchen-Hüte	Garnierte Damen-Hüte	Kinder-Südwestler
Kinder-Glocken mit Band- oder Schnur-Garnitur 2 ³⁵ 2 ³⁵ 1 ⁹⁵	Backfisch-Hüte aus imit. Lack- oder, moderne kleine Form 4 ⁵⁰ 2 ⁷⁵ 2 ⁵⁰	Stoff-Südwestler aus englisch gemustert. Stoffen 2 ⁷⁵ 1 ⁹⁰ 1 ¹⁰
Kinder-Gamins mit Schnur-Garnitur 6 ⁵⁰ 4 ⁰⁰ 2 ⁷⁵	Weiche Gamins in vielen Modellen, m. Band- od. Fantasie-Garnitur 6 ²⁵ 4 ⁵⁰ 3 ⁵⁰	Schwarze Lack-Südwestler mit farbigem Unter-rand 2 ²⁵ 1 ⁹⁰ 1 ¹⁵
Kinder-Glocken reih mit Seide oder Band garniert 4 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 3 ²⁵	Jugendliche Brotons aus Filz mit engl. Samt- u. Seiden-Garnitur 6 ⁵⁰ 5 ²⁵ 3 ⁹⁰	Samt-Südwestler mit farbigem Unterrand oder mit Schnur u. Quasten 3 ⁰⁰ 2 ⁵⁰ 2 ¹⁵
Samt-Glocken mit Seidenband reisend garniert 9 ¹⁰ 7 ⁵⁰ 6 ⁵⁰	Backfisch-Kappen weiche Verarbeitung aus Samt. Fätsch. od. Pels 9 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 5 ⁵⁰	Plüsch-Südwestler weiss, schwarz und farbig 4 ²⁵ 3 ⁵⁰ 2 ⁹⁰

Sonntags sind unsere Geschäftsräume von 1/2 12—1/2 2 Uhr geöffnet.

Geschäftshaus J. LEWIN

Halle a. d. Saale, Marktplatz 2 und 3.



